

MZ Mer 1. Dez. 2017

# Kinderschutz noch immer unzureichend

**TAGUNG** Experte nimmt in Merseburg Bundesregierung unter Beschuss.

VON MICHAEL BERTRAM

**MERSEBURG/MZ** - Trotz jährlich Tausender neuer Fälle wird in Deutschland noch immer zu wenig gegen sexuellen Kindesmissbrauch getan. Zu diesem Schluss kommt der Unabhängige Beauftragte der Bundesregierung für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs, Johannes-Wilhelm Rörig. „Noch immer wird viel zu oft weggeschaut, aus Angst und Scham, aus Unsicherheit und Unwissenheit, vielleicht auch aus Verzweiflung und Verstörung“, sagte Rörig am Donnerstag bei der Bundestagung der Deutschen Gesellschaft für Prävention und Intervention bei Kindesmisshandlung und -vernachlässigung in Merseburg.

Zwei Tage lang diskutieren bei der Veranstaltung an der Hochschule Merseburg Wissenschaftler, Juristen und Verwaltungsmitarbeiter über Anspruch und Wirklichkeit in Sachen Kinderschutz.

Rörig kritisierte in diesem Zusammenhang auch zögerliches staatliches Engagement. Demnach müssten die Schutzkonzepte in Einrichtungen für Kinder und Jugendliche verbessert werden. „Unser bundesweites Monitoring zeigt deutlich, dass Kitas, Schulen, Heime und Kliniken nur selten ein umfassendes Schutzkonzept haben“, sagte der Bundesbeauftragte. Mit Blick auf die

Flüchtlingsunterkünfte hätten es Bund und Länder seit 2015 nicht geschafft, gesetzliche Mindeststandards zum Schutz geflüchteter Kinder und Jugendlicher festzulegen. „Das ist politisches Versagen und Schönfärberei“, wetterte Rörig.

An die Adresse der künftigen Bundesregierung schickte er auch die Forderung, sexuelle Gewalt im Internet stärker zu bekämpfen. „Ich behaupte, dass im Internet so gut wie kein Kinder- und Jugendschutz stattfindet“, sagte er. Kinder würden unmittelbar mit Pornografie, Exhibitionismus und Personen konfrontiert, die sie unter anderem zu Sex-Treffen überreden wollen. „Den Ermittlungsbehörden fehlen für ihre wichtige Aufgabe Zeit, Geld und seit Jahren das Personal“, so Rörig. Für Opfer gebe es zu wenige Anlaufstellen.

Das kritisiert auch der Merseburger Professor Karl-Heinz Voß. Laut ihm sei nicht nur die Aus- und Fortbildungslandschaft in Deutschland nach wie vor schlecht. „Auch das Netzwerk der Fachberatungsstellen ist lückenhaft“, sagte er. Die rote Laterne nehme bundesweit Sachsen-Anhalt ein. Im ganzen Land gebe es nur fünf Anlaufstellen für Opfer sexualisierter Gewalt. „Dabei sollte eigentlich jeder Kreis über eine solche Fachberatung verfügen“, erklärte Voß weiter.

Mit Hilfe von Vorträgen und der Arbeit in Workshops wollen die Experten bis Freitag ihre Erfahrungen austauschen und sich zu unterschiedlichen Themenbereichen eine Meinung über den aktuellen Stand bilden. Dabei soll es unter anderem um die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, auf der Flucht erlebte Traumata und die Einhaltung von Kinderrechten in der Praxis gehen. Als eines der Ziele der Bundestagung ist vorgesehen, unter dem Motto „Starke Stimmen für Flüchtlingskinder“ zehn Forderungen an die neue Bundesregierung zu formulieren und nach Berlin zu senden.



„Das ist  
politisches  
Versagen.“

**Johannes-Wilhelm Rörig**

Bundesbeauftragter

FOTO: MARCO JUNGHANS